

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Der schwere Verlust, den der Reichstag durch den Tod seines Präsidenten erlitten hat, wird von den Verbündeten Regierungen schmerzhaft mit empfunden. Die Pflichten seines hohen Amtes waren dem Bestorbenen der Inhaft seines Lebens, und ihre treue Pflichten erfüllen sich dem ferndeutschen Mann Achtung, Dankbarkeit und Liebe bei allen, die berufen waren, in Gemeinschaft mit ihm dem Vaterlande zu dienen.

Haßerordentliche Generalversammlung der Maler Deutschlands.

K. Dresden, 21. Februar.
Zweiter Verhandlungstag.

Die Debatte über den Abschluß des Reichsstarifs eröffnete Laffen-Hamburg, der die Stellung der dortigen Kollegen darzulegen versuchte. Es könne gar keine Rede davon sein, daß die Hamburger deswegen Opposition machten, weil sie um 1 Pf. schlechter stehen wie die Berliner. Die Mehrheit der Hamburger hätte das Vertragsmuster und auch den Schiedspruch abgelehnt. Der Redner zieht Vergleiche zwischen dem alten und dem neuen Vertrag und kommt dabei zu dem Schlusse, daß der Reichsstarif für Hamburg erhebliche Verschlechterungen brachte, auch in materieller Beziehung. Zoller habe gesagt, die Bestimmungen über die Nachtarbeit brächten keine Verschlechterungen, das sei nicht richtig. In Hamburg seien bisher für jede Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag bezahlt worden, nach dem neuen Tarif solle aber bei Nachtschicht für die Nachtstunden nur 10 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Mebrigens, Überstunden und Nachtarbeit bekämpfe man doch nicht dadurch, daß man die Zuschläge herabsetzt, sondern indem man sie erhöht. Die Berliner Resolution war eine Präzisierung der Kollegenschaft. Nun haben die Unternehmer ihren Willen durchgesetzt. Die Berliner Verhandlungen haben gezeigt, daß das Mißtrauen der Kollegen gegen zentrale Verhandlungen berechtigt war. Die Kommission in Berlin, die unseren Entwurf einbrachte, war nicht auf der Höhe. Sie hat noch eine Verschlechterung in den Tarif hineingebracht, sie hat die Bestimmung, daß Geschillen, die auf Minderung der Arbeitsleistung einzelner, Mehrerer oder aller Arbeiter hinwirken, keinerlei moralische oder materielle Unterstellungen gestattet werde, einfach von dem Entwurf der Unternehmer übernommen. Mitglieder, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, sollen aus ihrer Organisation ausgeschlossen werden. Würden da nicht mit Recht Einwendungen von unseren Kollegen gemacht? Ich bin überzeugt, die Vorschreiber hätten derartige Paragrafen nicht in ihren Tarif aufgenommen. Zoller sagte, es kann es nicht geben, daß eine Minderheit nicht mehr mitmachen will, das sei nicht demokratisch. Ja, die Demokratie verlangt aber auch, daß man einer Minderheit einen Schutz gewährt. Das will uns immer beden sollen, das läßt sich auf die Dauer nicht durchführen. Und hat ferngelegen, die Sachlage nur von dem Standpunkt der Hamburger, von den Lokalinteressen herab, zu beurteilen. Wir bekämpfen die ganze Entwicklung, die die Tariffrage genommen hat. Wir stehen aber trotzdem auf dem Boden der Zentralorganisation. (Bravo!) Der Reichsstarif wird unsere Entwicklung unterbrechen, sie lähmen. Darum wollen wir diese Tarifpolitik nicht mehr mitmachen. (Zoller: Was wollt ihr dann machen?) Darüber habe ich allein nicht zu entscheiden. Es steht ja in unserer Resolution, wir wollen umkehren von der leitenden Tarifpolitik. Schließen wir in drei Jahren keinen Tarif mehr ab. Folgen Sie dem Vorschlage Hamburgs, beschließen Sie eine Umkehr von der bisherigen Tarifpolitik.

Die big-Hamburg spricht sich gegen den Vorstand und dessen eingeschlagene Politik. Er bestreitet, daß Zoller berechtigt gewesen wäre, dem Tarif zuzustimmen. Die Beteiligung an der Abstimmung und die Mehrheit für die Schiedsprüche sei gering gewesen, deswegen hätte der Vorstand seine Zustimmung nicht geben dürfen. Lebzig bittet um Ablehnung der Vorstands- und Annahme der Hamburger Resolution.
Zimmermann-Frankfurt a. M.: Zwischen beiden Vorendern der Opposition herrschte eine große Meinungsverschiedenheit. Laffen hat erklärt, daß er trotz allem auch auf dem Boden der Zentralorganisation stehe, während Lebzig eine Scheidung will. Es ist gar nicht richtig, daß der Reichsstarif nur Vorteile für die Süddeutschen bringt, und es kann auch nicht gesagt werden, daß die Süddeutschen die Tarifpolitik auf die jetzige Grundlage gebracht haben. Daß die Hamburger Kollegen für den einseitigen Mindestlohn kämpften, hat uns gefreut; es ist ja auch verstanden worden, in dieser Beziehung den Hamburgern Rechnung zu tragen. Ich meine aber, die Einheitslöhne hätten sich für die Dauer auch in Hamburg nicht halten können. Gegen die Bestimmungen über die Leistungen ist scharf opponiert worden. In Hamburg muß viel intensiver gearbeitet werden als in Süddeutschland. Es ist nun zu prüfen, ob die Leistungs-Klausel nicht gegen die allzu große Ausbeutung der Arbeitskraft angewandt werden kann. Die Agita-

tionstaktik hat die Gemüter auch sehr erregt. Die Kollegen bringen aber da einen ganz andern Sinn in die Bestimmungen hinein, als wirklich darinnen liegt. Die Agitation ist nur während der Arbeitszeit verboten. Und das müssen wir schon zugeben, daß die Arbeitszeit zum Arbeiten da ist. Die Agitationsklausel ist kein Maulkorb. Freilich, wenn das noch drinnen stehen würde, was die Unternehmer wollten, dann hätte den Bestimmungen niemals zugestimmt werden dürfen. Man darf auch nicht vergessen, daß uns ein gewisses Recht eingeräumt wurde, die Arbeitsstelle zu betreten. Wegen die Ablaufbestimmungen wurde ebenfalls opponiert. Der ungünstige Ablauftermin stammt aber nicht vom Süden, sondern vom Norden. Dort war der 31. Dezember schon früher als Ablauftermin festgesetzt. Die Hamburger haben daher keine Berechtigung, auch in dieser Frage Vorwürfe zu erheben. Es liegt mir fern, ein Söldel auf den Reichsstarif anzusetzen, aber es muß doch die Frage untersucht werden: Hätten wir auf einem andern Wege etwas Besseres erreicht? Die Konjunktur war ausfahrgenehend. Die Kraft zu kämpfen, war ebenso vorhanden wie früher, die Konjunktur machte aber zur Vorsicht. Wenn uns auch der Reichsstarif nicht ganz befriedigt, so wollen wir doch versuchen, ihn zum Vorteil unserer Organisation auszunutzen. Sind der Gesamtheit durch den Tarif Vorteile geschaffen worden? Meines Erachtens ja; deshalb sollen wir dem Abschluß dieser Zustimmung geben. (Beifall.)

Mann-Verlin: Die Tarifpolitik unseres Vorstands wird auch von anderer Seite nicht gebilligt. Die Entscheidung wird ja nur von ein paar juristischen Personen gefällt. Wir haben nur noch über die Schiedsprüche unser Urteil zu fällen. Ich meine, so weit wollen wir die Arbeiterbewegung doch nicht degradieren. Warum scheidet man die Gewerbetreibenden aus? Der Reichsstarif ist für unsere Branche noch zu früh. Bei unserer Abstimmung über das Tarifmuster machte Zoller in unglücklicher Weise für dasselbe Stimmung. Er stellte dort es so hin, als seien in Hamburg nur die Schieber gegen den Tarif. In unserer Versammlung kam leider die Kritik nicht genügend zum Wort. (Widerpruch.) Eine so wichtige Abstimmung hätte in einer andern Zeit vorgenommen werden sollen, im Sommer wäre das Resultat sicher ein andres gewesen. Bei einer solchen Frage hätte man verlangen müssen, daß drei Viertel der Abstimmenenden dafür stimmen, um den Tarifvertrag für angenommenen erklären zu können. Die Agitationsklausel legt uns Fesseln an, das kann nicht bestritten werden.

Zoller stellt richtig, daß er in der Berliner Versammlung nur deswegen auf die Hamburger Angelegenheiten eingegangen ist, weil er dazu provoziert wurde. (Sehr richtig!)

Guiland-Fort: Wenn uns der Reichsstarif auch nicht alles gebracht hat, was wir erwartet haben, so glaube ich doch, daß er befriedigend auf die Bewegung wirkt. Wenn wir auch gewisse Verschlechterungen in den Großstädten mit übernehmen mußten, so müssen aber die Kollegen in diesen Orten doch zugeben, daß das Ganze ein Fortschritt ist. Die Reichsstarifpolitik ist keine Schädigung für die Organisation; ich bin der Überzeugung, daß durch die Reichsstarife die Arbeiterchaft zu großen Aktionen erzoget wird.

Hollen-Danzig ist nicht gegen die ideale, sondern gegen die materielle Entwicklung des Tarifvertrags. Die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse hätten verschiedentlich geregelt werden müssen und den zentralen Verhandlungen örtliche vorangehen sollen. Wir wollen nun nicht umkehren von der eingeschlagenen Politik, sondern diesen Weg weitererschreiten, ihn aber ausbauen.
Schwarz-Wilhelmshaven ist mit einzelnen Bestimmungen des Tarifs auch nicht einverstanden, will ihn aber nicht ganz verwerfen.

Spöcker-Bremen meint, man müsse sich wundern, daß eine moderne Organisation einen solchen Vertrag abschließt. Dieser enthalte reaktionäre Bestimmungen. Man hätte den bisher in Norddeutschland bestehenden Tarifen mehr Rechnung tragen müssen. Sie können sich mit dem Reichsstarif nicht einverstanden erklären, sie würden sich der Resolution Hamburg anschließen. Den Tarif ganz verwerfen, das wollten sie jetzt auch nicht, aber sie hoffen, daß in drei Jahren bei Ablauf des Vertrags alle Verschlechterungen ausgegert werden. Die Bremer Kollegen seien nicht prinzipielle Gegner eines Reichsstarifs, aber Gegner dieses Tarifs.
Weyer-Altenberg verteidigt sehr energisch die Stellung des Vorstandes und den abgeschlossenen Tarifvertrag. Die Kollegen der Opposition hätten nicht erwähnt, wie der Entwurf der Unternehmer früher ausgefallen habe, und wie der Vertrag jetzt aussähe. Man müsse bedenken, daß der jetzige Vertrag auf Grund der Schiedsprüche zustande kam. Die wichtigsten Bestimmungen des neuen Vertrags sind Schiedsprüche, es bleibt neben diesen nicht mehr viel übrig. Bei der Entscheidung über den Vertrag hatte nicht das Gefühl zu sprechen, sondern der Verstand, die Vernunft. Ich habe bisher keine Vorwürfe gehört, wie man es besser hätte machen sollen. Jetzt wird auf einmal der Buchdruckerarif gelobt. Jeder Tarifvertrag ist ein Kompromiß mit den Unternehmern, und bei einem Kompromiß kann man nicht ganz zufrieden sein. Bei der Beurteilung der ganzen Sachlage muß man sich von praktischen Erwägungen leiten lassen. (Beifall.)
Buh-Hamburg bedauert, daß zwischen Süden und Norden ein unberechtigter Streit hervorgezogen wurde. Auch die gegen-

die Unparteiischen erhobenen Vorwürfe seien ungerichtet. Die Ursache der Erbitterung der Hamburger Kollegen gegen den Tarif liege in den wirtschaftlichen Verhältnissen Hamburgs, in der großen Arbeitslosigkeit. Dazu komme die Erbitterung gegen den Hamburger Obermeister der Innung, der Tarifbruch begangen habe. Die Hamburger Kollegen seien mit einer bestimmter Meinung in die Versammlung gekommen, in der die Abstimmung vorgenommen wurde, und sie hätten sich auch nicht ändern Tarif abgelehnt. Lassen habe nun verlangt, daß man nach Ablauf des Tarifs, in drei Jahren, keinen Reichsstarif mehr abschließen solle. Man könne aber doch heute noch nicht festlegen, was man in drei Jahren tue. Bezeichnend sei wohl auch gegenüber den Vorwürfen der Opponenten, daß von Hamburg und Bremen radikale Kollegen zu den Verhandlungen nach Berlin geschickt wurden und als Tariffreunde wieder kamen. Diese Kollegen hätten bald eingesehen, daß nichts mehr zu erreichen war. Lassen habe zwar hier erklärt, daß er noch auf dem Standpunkt der Zentralorganisation stehe, aber es verlautete, daß die Hamburger, Bremer und Kieler Kollegen die Absicht hegten, einen besonderen Zentralverband zu gründen. (Bestimmter Widerspruch der Opposition.)

Schubert-Dannover weist entschieden den Vorwurf der Hamburger zurück, als ob alle diejenigen, die für den Tarif stimmten, rücksüchtig seien. Er tritt für den Tarif ein und fordert die Hamburger auf, ihre Resolution zurückzuziehen.

Es sprachen noch ein paar Dutzend Redner, die ihren Standpunkt energisch vertraten. In der Hauptsache sind es die alten, schon vorgebrachten Gründe für und wider den Reichsstarif, die sehr lebhaft von den einzelnen Rednern vorgetragen wurden. Von einzelnen Oppositionsrednern wurde erklärt, daß sie keine prinzipiellen Gegner eines Reichsstarifs seien, nur den abgeschlossenen Vertrag müßten sie scharf bekämpfen. Die Mehrzahl der Redner trat für den abgeschlossenen Tarif ein. Es wurde dabei hervorgehoben, daß die von der Opposition ins Feld geführten Gründe sehr leicht seien. Scharf wird verurteilt, daß die Hamburger mit einem eventuellen Rücktritt (in der Resolution) drohten.

Einen neuen Punkt warf Buh-Stuttgart in die Debatte. Er hob die Regelung der Arbeitsvermittlung hervor, die im Reichsstarif auf parlamentarischer Grundlage festgelegt ist. Buh schilderte die Schäden der Arbeitsvermittlung und besonders den Industriellenachweis in Mannheim mit seinen bekannten schändlichen Gefährlichkeiten. Es bedeute einen wesentlichen Fortschritt, daß man diesem System durch den Reichsstarif entgegengetreten sei, denn auch die Mannheimer Maler- und Tischlermeister seien diesem Nachweise angeschlossen. Die Regelung der Arbeitsnachweisfrage hätte den Kollegen von Mannheim und Ludwigshafen schon allein genügt, um den Tarif zuzustimmen. Mit der Regelung dieser Frage habe der Verband bahndingend für die ganze Arbeiterbewegung gewirkt.

Von Berliner Delegierten wird eine Resolution eingebracht und begründet, in der ausgesprochen wird, daß die Generalversammlung leider gezwungen wäre, unter dem obwaltenden Verhältnissen den Reichsstarif seine Zustimmung zu geben, obwohl derselbe für große Städte und Gebiete Verschlechterungen bringe. Die Verhandlungskommission soll getadelt werden, weil sie bei Ausstellung ihres Gegenentwurfs die Forderungen der Kollegen nicht genügend berücksichtigt hätten.

Leinert-Dannover, Ausschussvorsitzender, machte sehr wirkungsvolle Ausführungen: Es ist doch ein gewagtes Experiment, einfach zu erklären, wir lehnen den Tarif ab. Nein, es muß alles versucht werden, mit dem Tarif alles für die Organisation zu erreichen, was nur denkbar ist. Man hat den Tarif als „Gefährordnung“, sogar als „Zustandsordnung“ bezeichnet. Dies ist eine Verabfolgung der Tätigkeit der Kollegen, die an den Verhandlungen teilnehmen, und dagegen muß Einspruch erhoben werden. Die Einbringer der Berliner Resolution wollen die Verhandlungskommission tadeln. Ja, wissen denn die Kollegen immer noch nicht, daß die meisten Bestimmungen des Tarifs sehr schiedsprüchliche Zustände kamen. Wir haben heute nicht über die Zweckmäßigkeit des Reichsstarifs zu beraten. Der Reichsstarif ist da, und es muß nur untersucht werden, wie wir uns mit ihm abfinden.

Redner polemisiert dann in scharfer Weise gegen die Hamburger Resolution. In der Resolution wird erklärt, daß der Reichsstarif für alle Zukunft eine Hemmung in der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung sein werde. Dadurch, sagt Leinert, werden alle Kollegen, die für den Tarif stimmten, beschuldigt, die Entwicklung der Organisation zu hemmen. Der Schlußatz der Hamburger Resolution, in der von eventueller Verweigerung der weiteren Kollegenschaft gesprochen wird, ist das Bedenklichste, das Gefährlichste, was man sich denken kann. Diese Kollegen, die hier jetzt noch auf dem Standpunkt der Hamburger Resolution stehen, sind nicht mehr zu überzeugen. Es ist aber notwendig, die Kollegen draußen im Lande zu warnen, solche Schritte mitzumachen. Es ist tieftraurig, daß in einer solchen Feste der Arbeiterbewegung, wie Hamburg, eine derartige Agitation entfaltet wird, die sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung richtet. Ich hoffe, daß die Hamburger Kollegen so viel Einsicht besitzen, und daß die Vorstandresolution annehmen. Damit würden sie den Beweis erbringen, daß sie keine Abspaltung wollen. (Beifall.)

nie geschiedt werden? Wissen Sie denn nicht, daß billige Frachten den Liverpooler Käufern zugute kommen und nicht uns? Kann es nicht in Sie eingeträchtigt werden, daß Sie gegen die Eisenbahn nicht bosen können? Wenn Sie die Kommission zu kaufen versuchen, sehen Sie da nicht, daß Sie gegen die Bahn verstoßen müssen, gegen eine Korporation, die Millionen gegen unsere Tausende aus-schäufeln kann? Denken Sie, daß Sie imstande sind, gegen die Pacific- und Süddeutschen Eisenbahn zu bieten?

„Die Bahn braucht doch nicht zu erfahren, daß wir die Hand im Spiel haben, ehe unsre Leute im Amte sind.“
„Und wenn sie im Amte sind, wer kann dann die Bahn hindern, sie über unsre Köpfe weg zu kaufen?“

„Wenn wir die richtigen Leute bekommen, so können sie nicht in dieser Weise von der Bahn gekauft werden.“
warf Harran ein. „Ich weiß nicht, aber es scheint was dran zu sein, was Osterman sagt. Wenn wir die Kommissionsmitglieder wählen können, so werden wir eben ehrliche Männer wählen.“

Annixter schlug in heller Verzweiflung mit der Faust auf den Tisch.
„Christliche Männer!“ schrie er. „Männer, die sich zu so was hergeben, können doch zunächst nicht ehrlich sein.“

Broderickson, der unruhig auf seinem Sitze herumrückte und sich verlegen mit den Fingern durch den Bart fuhr, sagte jetzt: „Die Kommission — unsre Kommission hat die Chance, sich an Shelgrim zu verkaufen gegen die Gewisheit, daß er uns unterkriegt. Das ist,“ beiläufig er sich hinzuwaschen, „beinahe 'ne Gewisheit — es kommt 'ner Gewisheit nahe.“

„Natürlich, die Chance wäre da,“ rief Osterman aus. „Aber wir sind zu dem Punkt gekommen, wo wir solche Chancen nehmen müssen, wo wir einen großen Einfluß riskieren müssen auf die Möglichkeit eines großen Gewinnes hin — und ein Risiko ist doch besser wie die unabwendbare totale Niederlage.“

„So kann mich zur Teilnahme an einem offen einge-

standenen Plane systematischer Bestechung und Korruption nicht verstehen,“ erklärte Magnus in strengem Tone. „Ich bin überrascht, Herr Osterman, daß Sie etwas derartiges in meiner Gegenwart vorbringen.“

„Es ist überhaupt nicht zu machen,“ rief Annixter. „Ich weiß nicht,“ murmelte Harran, „vielleicht ist nur so ein kleiner Funke nötig, um die ganze Mine zum Blasen zu bringen.“

Ueberrascht blickte Magnus nach Harran hin. Er hatte das nicht von dem Sohne erwartet. Seine Liebe für Harran war aber so groß, und er war derartig gewöhnt, auf den Rat des Sohnes zu hören und seinen Ansichten Gewicht beizulegen, daß er, nachdem die erste Ueberraschung und Enttäuschung überwunden war, doch glaubte, dem von ihm als eine Zumutung empfundenen Vorschlage einige Beachtung schenken zu müssen. Nicht als ob er ihn irgendwie gebilligt hätte; er war jeden Augenblick bereit, seine Stimme zu erheben und diesen Plan ebenso wie Osterman, seinen Urheber, aufs schärfste zu verurteilen. Als Gaunerei verächtlichster Art erschien ihm diese Handlungsweise; er war überzeugt, daß die Politiker und Staatsmänner der alten Schule, der anzugehören er stolz war, etwas derartiges nicht kannten. Da aber Harran, wenn auch nur für einen Augenblick, die Sache beachtenswert fand, so wollte der Vater, der seinem Sohne unbedingt vertraute, dasselbe tun — schon deshalb, um dem Plan entgegenzutreten und ihn bereits im Entstehen zu vereiteln. Und jetzt begann eine lebhafteste Erörterung des Für und Wider. Vermittelt seines Wortschalls, seiner mit schneidender, eindringlicher Stimme und beweglicher Zunge immer wieder vorgebrachten, glaubhaft klingenden Behauptungen und Versicherungen und nicht minder durch die Gewandtheit, mit der er sich, in die Enge getrieben, immer wieder aus der Schlinge zog, gelang es Osterman, den alten Broderickson vollkommen für seinen Plan zu gewinnen. Der geschickte, witzige Schwätzer verwirrte den Alten durch seinen in allen Farben schillernden Wortschwall und verleitete ihn durch herausfordernde,

Bilder naher drohender Gefahr und schnell hereinbrechenden Ruins in Angst und Schrecken.

Der streitlustige Annixter, der gegen Osterman sprach, vermochte ihm nichts anzuhaben und verstand es nicht, die eigene Ansicht beweiskräftig zu vertreten. Er nannte Osterman einen Dummkopf, einen Ziegenbock, einen verirrten Esel, ohne jedoch imstande zu sein, zwingende Gründe gegen ihn vorzubringen. Es war, als ob er seinen Gegner dadurch zu widerlegen suchte, daß er ihm Ziegelsteine an den Kopf warf. Grundfähig bestritt er alles, was Osterman sagte, stellte einander durchaus widersprechende Behauptungen auf und konnte, wenn Osterman und Harran diese gegen ihn gebrauchten, immer nur ausrufen: „Ja, manchmal ist's so, und dann ist's mal wieder nicht so!“

Mit einem Male kam Osterman auf einen Gedanken, mit dem er seinen Ansichten Geltung zu verschaffen glaubte. „Wenn wir der Bahn das Spiel verderben,“ rief er, „so haben wir den alten Wadelwanst da, wo wir ihn haben wollen.“

„Das ist der Mann,“ rief jetzt auch Harran, „der uns jedesmal unterkriegt. Wenn's 'ne schmuggige Arbeit gibt, mit der die Bahn nichts zu tun haben will, so besorgt das S. Behrman. Wenn der Frachttarif „reguliert“ werden soll, um noch etwas mehr aus uns rauszuquetschen, so bestimmt S. Behrman, wieviel wir gerade noch aushalten können. Muß ein Richter gekauft werden — S. Behrman macht das Geschäft. Ist 'ne Jury zu bestechen — das Geld dazu geht durch S. Behrmans Hände. Soll 'ne Wahl manipuliert werden, so besorgt das S. Behrman. In allem hat Behrman seine Finger stecken. 's ist Behrman, an dem wir uns den Kopf einrennen, wenn wir uns rühren. 's ist Behrman, der uns im Schraubstock hat und uns nicht losläßt, ehe er uns bis auf die Knochen ausgequetscht hat. Wahrhaftig! wenn ich dran denke, so wundere ich mich immer, daß ich meine Hände von dem Mann halten kann.“